



Politik muss schleunigst auf Kostenexplosion bei neuen Arzneimitteln reagieren

Pressemitteilung von Kathrin Vogler, 09. September 2015

"Wer neue Arzneimittel entwickelt, die für die Patienten wirklich einen Nutzen gegenüber der Standardtherapie haben, darf dafür sicher auch mehr verlangen. Aber bei vielen Krebsmitteln und Wirkstoffen gegen Hepatitis C oder Multiple Sklerose stehen die von den Herstellern festgelegten Mondpreise in keinem Verhältnis zum klinischen Nutzen oder zu den tatsächlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung", erklärt Kathrin Vogler, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Arzneimittelpolitik und Patientenrechte, anlässlich der heutigen Vorstellung des Innovationsreports 2015 der Techniker Krankenkasse. Vogler weiter:

"Den Pharmakonzernen geht es nur noch ums Gelddrucken. Bei jährlichen Behandlungskosten von bis zu 280.000 Euro pro Patient für Medikamente, deren Entwicklung oft sogar noch öffentlich oder durch Stiftungen gefördert wurde, darf die

Bundesregierung nicht länger wegschauen. Entschlossenes Handeln ist nötig. Ob kleine Kurskorrekturen an der Preisfindung des Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG) ausreichen, ist zumindest fraglich. Eine rationale Preisgestaltung müsste die Aufwendungen für Forschung, Entwicklung und Produktion berücksichtigen, darf aber auch die Solidargemeinschaft nicht überfordern. Dass unternehmerische Risiken der Gesellschaft aufgeladen werden und nur die Gewinne in private Taschen fließen, hat mit sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun.

Umso dreister erscheint vor diesem Hintergrund die Forderung der Pharmaverbands-Geschäftsführerin Birgit Fischer (vfa), die früher für die SPD Gesundheitsministerin in NRW war, nach Abnahme- und Preisgarantien für neue Antibiotika schon während der Entwicklungsphase. Angesichts des immer größer werdenden Problems mit den multiresistenten Krankenhauskeimen kommt diese Forderung schon einer Erpressung nahe."